



Ist sie trächtig? Tierarzt Kurt Dennler untersucht eine Kuh. (Bild Franco Bottini)

Der Veterinär im Dickicht der Paragraphen Ein Besuch beim Bezirkstierarzt in Affoltern am Albis

Bei der Bekämpfung von Tierseuchen wie Vogelgrippe und Rinderwahnsinn sowie bei vermuteten oder tatsächlichen Tierquälereien kommt der Bezirkstierarzt zum Einsatz. Der 63-jährige Kurt Dennler ist seit 35 Jahren zuständig für den Bezirk Affoltern. Zu seinem Unmut ist die Tätigkeit mit steigendem administrativem Aufwand verbunden.

smü. Wie jeden Morgen fährt Kurt Dennler in seinem Geländewagen hinaus zu seiner Kundschaft. Der Affolterner Bezirkstierarzt steuert sein Fahrzeug vor den Stall eines grösseren Bauerngehöfts, hupt zweimal, und der Bauer erscheint. Sie grüssen sich kurz. In seinem abgetragenen blauen Overall, den grünen Gummistiefeln und mit einer alten Ärzttasche in der Hand marschiert der Tierarzt zielstrebig in den Stall. Im Vorraum warten zwanzig Hennen, eingepfercht in einem engen Plasticbehälter, auf ihr Schicksal. Dennler krempelt die Ärmel hoch, packt geübt nach einer Henne und beginnt mit seiner Arbeit.

«Wir stecken in den Anfängen»

Im Auftrag des kantonalen Veterinäramtes nimmt Dennler den Hennen eine Blut- und eine Kotprobe. Sobald das Labor einen negativen Salmonellentest geliefert haben wird, können die 3000 Hennen vom Aufzucht- in den Legestall eines anderen Produzenten transferiert werden. Seuchenschutz ist eine der Aufgaben des Bezirkstierarztes. Zum Seuchenschutz gehört auch die Kontrolle des Imports und Exports von lebendigen Tieren, zum Beispiel von Reitpferden, die an einem Turnier im Ausland teilnehmen sollen.

Ruhig sticht der Tierarzt nach und nach jedes Huhn, berichtet dazu munter über seine Arbeit und kommentiert nebenbei die gegenwärtige Landwirtschafts- und Gesundheitspolitik, gespickt mit bissigen Kommentaren. Er beurteilt die Möglichkeiten des Seuchenschutzes skeptisch: «Wir stecken noch in den Anfängen», kritisiert er. «Wir wissen nicht einmal genau, wo welche Tiere gehalten werden.» Er denkt dabei an die vielen Hobby-Tierhalter, die lediglich ein paar wenige Schafe oder Ziegen besässen. Eindrücklich bestätigt wurden Dennlers Bedenken kürzlich, als wegen der Vogelgrippe-Prävention die Stallpflicht für Geflügel verhängt wurde. Damals zeigte sich, dass die Mehrheit der Zürcher Geflügelhalter nicht registriert ist. Skepsis hegt Dennler auch gegenüber allen den «angeblichen» Tierquälereien, die sich in den letzten Wochen in den Schweizer Medien landauf, landab zutragen. «Ein rechter Teil war warme Luft», befindet der Veterinärmediziner.

Doch kein neues Gemeindehaus in Otelfingen

Auch das zweite Vorprojekt ohne Chance

hhö. Bereits zum zweiten Mal ist in Otelfingen ein Vorprojekt für ein neues Gemeindehaus mit Dorfladen gescheitert. Das gemeinsame Bauvorhaben der Gemeinde und der Landwirtschaftlichen Konsumgenossenschaft Otelfingen-Boppelsen (LKGÖ) sieht auf einem relativ kleinen Grundstück zwei eng beieinander liegende Gebäude vor – eines für die Bedürfnisse der Gemeinde und eines für die LKGÖ, die hier einen Laden und Wohnungen vorsah. Vor anderthalb Jahren gab die LKGÖ bekannt, dass das gesamthaft auf 6,2 Millionen Franken veranschlagte Projekt für die Landwirtschaftliche Genossenschaft nicht finanzierbar sei. Alsdann wurde das Projekt abgespeckt, die Gesamtkosten blieben aber fast unverändert. Für die Konsumgenossenschaft reduzierte sich der Anteil jedoch von 2,6 auf 2,1 Millionen Franken. Nur drei Wochen vor der Gemeindeversammlung hat die Generalversammlung der LKGÖ das überarbeitete Projekt erneut verworfen, weil auch die Finanzierung des reduzierten Anteils nicht gesichert sei. Kurzfristig hat der Gemeinderat nun beschlossen, so hiess es auf der Gemeindeverwaltung –, das Geschäft von der Traktandenliste der Gemeindeversammlung abzusetzen.

Für die Kotprobe muss sich Dennler in den Hühnerstall begeben. Mit lautem Gegacker aus Tausenden von Kehlen weicht die Hühnerschar zurück. Nach getaner Amtshandlung setzt sich der Bezirkstierarzt an einen Tisch und notiert seine Verrichtungen auf Formularen. Nach einem kurzen Schwatz sitzt der geschäftige Tierarzt wieder in seinem Auto, unterwegs zu seinem nächsten Kunden, diesmal indes nicht in der Funktion des Bezirkstierarztes. Denn solche Einsätze kommen nur etwa ein- bis zweimal pro Monat vor. Die übrige Zeit geht er seinem Beruf als Tierarzt nach, wie schon sein Onkel, in dessen Fussstapfen er vor 35 Jahren trat. Seit drei Jahren führt Dennler mit Gattin, Tochter, Sohn und Schwager zusammen eine Tierklinik in Affoltern.

Die nächste «Patientin» ist schwer krank. Der Tierarzt hat sich entschieden, die Kuh von ihrem Leiden zu befreien und einzuschläfern. Schwer atmend liegt sie am Boden. Rasch setzt Dennler die Spritze an und drückt eine tödliche Dosis Narkosemittel in die Blutbahn. Einen Augenblick später röhelt die Kuh, lässt den Kopf nach hinten fallen und stirbt. Für Dennler ist dies Alltag. Er glaubt nicht daran, dass Tiere den nahenden Tod spürten. Dies seien unzulässige Übertragungen von der menschlichen Psyche aufs Tier, ist er überzeugt. Todesängste stünden die Tiere nur aus, wenn sie mit Urängsten zum Beispiel wegen Feuer oder Raubtieren konfrontiert seien.

Seelsorger und Eheberater

Wenig später rollt der schwere Wagen über enge Feldwege, durch düstere Wälder abermals einem Bauernhof entgegen. Dennler, aufgewachsen als Bauernsohn im Bernbiet, erzählt in seinem breiten Berndeutsch über Land und Leute im Säuliamt, das er inzwischen wie seine Hosentasche kennt. Da eine Geschichte, dort eine Anekdote. Ein reicher Erfahrungsschatz sprudelt. «Oft amtiere ich nicht nur als Tierarzt, sondern auch als Seelsorger, Eheberater oder Finanzberater», schmunzelt Dennler. So sehe er manchmal tief in die Verhältnisse hinein.

Bellend und knurrend stürzt sich ein Hofhund auf den Ankömmling, bleibt aber in gebührendem Abstand stehen. «Der Hund hat mich zweimal gebissen», erklärt der Tierarzt grimmig. Seit er ihm aber den Tarif durchgegeben habe, halte sich dieser in respektvoller Distanz. Der Bauer kommt lachend hinzu, kennt er doch diese gegenseitige Antipathie. Im Stall vergeht ihm das Lachen alsbald. Dennler wartet mit einer Hiobsbotschaft auf. «Der Kuh geht es gar nicht gut», stellt er nach einer kurzen Untersuchung fest. Wenn es ihr bis morgen in der Früh nicht besser gehe, müsse man sie metzgen. Der Bauer ist entsetzt.

Die weiteren Besuche verlaufen weniger dramatisch, meist handelt es sich um künstliche Besamungen von Kühen. Dabei steckt der Veterinärmediziner jeweils seinen Arm, geschützt mit einem langen Plastic-Handschuh, der ganzen Länge nach in den After des Vierbeiners. Dies erlaubt ihm das Erasten der Eierstöcke, während er mit einem langen Injektionsgerät das Sperma in die Scheide einführt. Nach jeder Visite wird alles dokumentarisch festgehalten, entweder auf Papier oder mit einem portablen Computer – zum Leidwesen vieler Tierärzte, so auch Dennlers. «Die Bürokratie nimmt immer mehr zu», lamentiert er. Doch lange muss sich der 63-Jährige nicht mehr mit den «administrativen Behinderungen» herumärgern. Langsam wird er nämlich kürzer treten und nicht mehr 24 Stunden erreichbar sein. In den nächsten Jahren überlässt er das Geschäft Schritt um Schritt ganz seinen Kindern. «Ich werde es aber bestimmt vermissen, das Hinausfahren.» Leichte Resignation liegt in der Stimme Kurt Dennlers.

Winterthurs Schlankheitskur hat gewirkt Finanzielle Abhängigkeit vom Kanton soll weiter sinken

Die Sparbemühungen des Winterthurer Stadtrates tragen erste Früchte. Das 2002 eingeleitete Sparprogramm verbessert das Ergebnis um fast 26 Millionen Franken. Das angelaufene Sanierungsprojekt 2007 soll den Finanzhaushalt weiter entlasten. Zudem will die Stadt ihre finanzielle Abhängigkeit vom Kanton verringern.

em. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hat der Winterthurer Stadtrat erhebliche Anstrengungen unternommen, um den defizitären Finanzhaushalt nachhaltig ins Lot zu bringen. Das 2002 lancierte Sparprogramm «win.03» ist mittlerweile abgeschlossen. Finanzvorsteherin Verena Gick bezeichnete dieses an einer Medienorientierung als «vollen Erfolg». Mit den Einsparungen beim Personal- und beim Sachaufwand habe man die Rechnung um jährlich 25,6 Mio. Fr. verbessern und damit über 80 Prozent des anvisierten Verbesserungspotenzials realisieren können. Von den 93 Einzelmassnahmen wurden 68 vollständig und 4 teilweise umgesetzt. Nicht realisiert werden konnten deren 8, und 13 sind noch in Bearbeitung. Von den 22 departementsübergreifenden Projekten zur strukturellen Entlastung des Haushaltes sind 14 abgeschlossen. Laut Gick konnten die Massnahmen ohne einschneidenden Leistungsabbau gegenüber der Bevölkerung umgesetzt werden. Auch die Attraktivität des Standortes Winterthur sei nicht beeinträchtigt worden.

Effizienz der Verwaltung weiter steigern

Obwohl der Personal- und der Sachaufwand stabilisiert werden konnten, sind weitere Sparmassnahmen notwendig. Der Stadtrat verweist in diesem Zusammenhang auf die hohen Sozialkosten der Stadt, die wegen gesetzlicher Vorschriften kaum beeinflussbar seien. Mit dem Ziel weiterer Einsparungen hat der Stadtrat darum das Projekt Haushaltsanierung 2007 lanciert. Nach Angaben von Stadtpräsident Ernst Wohlwend will man mit diesem die Effizienz der Verwaltung weiter steigern, ohne dass deren Leistungen oder die Entwicklungsperspektiven der Stadt beeinträchtigt werden. Zu den wesentlichen Projekten

zählen die Zentralisierung von grossen Teilen der Verwaltung mit einem jährlichen Sparpotenzial von 4 bis 6 Mio. Fr. und der Aufbau eines ganzheitlichen Immobilien-Managements, von dem man sich jährliche Einsparungen von 3 bis 6 Mio. Fr. verspricht. Bereits weit fortgeschritten sind die Reorganisation des Bereichs Alter und Pflege (Sparziel: 2 Mio. Fr.) und der Metallarbeiter-schule (1 Mio. Fr.).

Laut Gick bleibt die finanzielle Situation trotz den getroffenen und eingeleiteten Massnahmen weiterhin schwierig. Angestrebt werden müsse deshalb unter anderem auch eine Erhöhung der Steuerkraft. Zudem suche man zusammen mit dem Kanton nach Lösungen, welche die finanzielle Abhängigkeit der Stadt verringerten, sei dies durch einen neu gestalteten Finanzausgleich, durch Investitionshilfen und Förderprogramme oder durch die Abgeltung von Zentrumslasten.

Kostengünstige Verwaltung

Die Finanzvorsteherin trat an der Medienorientierung ferner dem Vorwurf entgegen, dass die Winterthurer Stadtverwaltung zu teuer sei. Wie eine Untersuchung gezeigt habe, seien die Kosten für die allgemeine Verwaltung in Winterthur im Vergleich zu anderen Schweizer Städten sehr niedrig. Relativ hoch seien die durch die Bevölkerungsstruktur und die gesetzlichen Bestimmungen vorgegebenen Kosten pro Einwohner in den Bereichen Bildung und soziale Wohlfahrt. Bei den Bruttoausgaben bewege sich Winterthur insgesamt ungefähr im Durchschnitt. Wenn man die nicht beeinflussbaren Aufwendungen abziehe, liege Winterthur kostenmässig wiederum unter dem Niveau anderer Schweizer Städte.

Jetzt streiten Apotheker und Ärzte wieder offiziell Abbruch der Mediation bestätigt

btö. Ende vergangener Woche war durchgesickert, dass Ärzte und Apotheker ihre Gespräche über eine Einigung im Streit um die Medikamentenabgabe abgebrochen hatten (NZZ 26. 11. 05). Gestern Dienstag folgte die offizielle Bestätigung: «Die Voraussetzungen für die Durchführung einer Mediation sind nicht gegeben», hat die Gesundheitsdirektion mitgeteilt.

Zu wenig «ergebnisoffen»

Der von ihr eingesetzte Mediator Markus Hünig hatte im Oktober mit beiden Streitparteien separat Gespräche geführt. Einige Wochen später, am 18. November, begründeten die Parteien «in unaufgeregter Atmosphäre» in einem gemeinsamen Gespräch ihre Positionen, heisst es in einem internen Schreiben der Apotheker. Laut der Mitteilung der Gesundheitsdirektion waren die Verhandlungsaufträge der Delegationen aber zu wenig «ergebnisoffen», worauf sich die Parteien darauf geeinigt hätten, auf eine Fortführung der Gespräche zu verzichten.

Apotheker und Ärzteschaft im Kanton Zürich streiten seit Jahren um das Recht, Medikamente abzugeben. Dies ist Ärzten ausser in Notfällen zumindest in den Städten Zürich und Winterthur untersagt. Gesundheitsdirektion und Apotheker sehen sich durch einen Bundesgerichtsentscheid vom März in ihrer gemeinsamen Haltung bestätigt, bei der heutigen Regelung zu bleiben. Die Ärzte sehen im Urteil die Grundlage zu einem

Systemwechsel. Allein die Indiskretion um das Scheitern der Mediation war den Parteien am Dienstag Anlass genug, über die Wortbrüchigkeit des jeweiligen Gegenübers zu klagen. Der Apothekerverband schiebt die Indiskretion den Ärzten zu und sieht sich dadurch im Verdacht bestätigt, die Ärzteschaft habe «gar nicht eine patientenorientierte Einigung angestrebt». Die Ärzte strebten mit der Ausdehnung der Selbstdispensation auch auf die Städte eine Monopolstellung beim Medikamentenverkauf an, schreibt der Verband in einer Medienmitteilung. Das wiederum bezeichnet Claudia Brenn, die Generalsekretärin der Zürcher Ärztesgesellschaft (AGZ), als «dicke Post», hätten sich die Parteien doch ausdrücklich darauf geeinigt, die Medienmitteilung der Gesundheitsdirektion unkommentiert zu lassen.

Lancierung einer Volksinitiative?

Die Gesundheitsdirektion hatte nach Bekanntwerden des Bundesgerichtsurteils ihre Absicht bekannt gegeben, die geltende Regelung ins zu revidierende Gesundheitsgesetz zu übernehmen. Gestern teilte sie mit, «die Frage des weiteren Vorgehens Anfang 2006 wieder aufzugreifen». Die AGZ wartet darum laut Brenn erst einmal ab, was die Gesundheitsdirektion tut. Es sei aber klar, dass die Ärzteschaft die Lancierung einer weiteren Volksinitiative in dieser Sache ernsthaft prüfen werde. Allerdings falle ein solcher Entscheid erst nach einer Konsultation der ärztlichen Berater.

In Kürze

Internet-Plattform für die Kultur in Winterthur

em. Alles Wissenswerte zur Kultur in Winterthur ist ab sofort auf der neuen Homepage des städtischen Internetauftritts zu finden: www.kultur.winterthur.ch. Wie Kultursekretär Walter Büchi beim traditionellen Kulturgespräch vor den rund 50 anwesenden Kulturschaffenden erklärte, enthält diese neben einem Veranstaltungskalender nicht nur Informationen über neue Aktivitäten, sondern auch solche über allgemeine Themen des Kulturschaffens. Die verschiedenen Kulturbereiche sind übersichtlich nach Museen, Theater, Bibliotheken, Film, Musik und Museumspädagogik gegliedert. Kulturelle Veranstaltungen können neu mit Online-Formularen gemeldet werden. Viel Platz wird auch der Kulturförderung eingeräumt. Aufgeführt sind unter anderem die Rahmenbedingungen und die Eingabefristen für Gesuche bei der projektbezogenen Kulturförderung. Informationen zum Kultur- und zum Förderpreis runden das Angebot ab.

Wehntal wehrt sich für Bahn-Güterverkehr

ark. Sämtliche Wehntaler Gemeindebehörden und rund 200 örtliche Bauern wehren sich gegen die von den SBB beschlossene Einstellung des Güterverkehrs im Wehntal per Mitte nächsten Jahres. Vertreter der Gemeinden und der regionalen Getreidesammelstelle haben am Dienstag an einer Pressekonferenz massiven Druck gegen den Entscheid in Aussicht gestellt. Sollte die Massnahme vollzogen werden, hätte dies auf der ohnehin oft überlasteten Wehntaler Hauptachse während der Getreideernte 1000 zusätzliche LKW-Fahrten zur Folge. Bisher wurde das Wehntaler Getreide jeweils durch die SBB Cargo transportiert. Unterstützt wird der

Widerstand gemäss einem Communiqué auch von den Getreidesammelstellen in Thalheim und in Illnau.

Fehrltorf erhebt Einsprache gegen Antenne

brh. Der Gemeinderat von Fehrltorf erhebt beim Bundesamt für Verkehr Einsprache gegen die Erstellung einer Gemeinschaftsanlage mit einer GSM- und einer UMTS-Antenne beim Bahnhof. Wie die Exekutive am Dienstag mitteilte, wird die Antennenanlage nicht überwiegend dem Bahnbetrieb dienen, sondern in erster Linie von der Swisscom genutzt. Weil die Antenne deshalb dem kantonalen Recht unterstehe, sei das vorliegende Gesuch mangelhaft. So sei bei den Strahlwerten eine in der Nähe liegende, neue Wohnüberbauung nicht berücksichtigt worden. Bei Standortern ausserhalb der Bauzone müsse zudem die Möglichkeit gemeinsamer Nutzungen angestrebt werden.

Alkohol-Testkäufe im Bezirk Meilen

brh. Das Blaue Kreuz und die Suchtpräventionsstelle Samowar haben diesen Sommer im Bezirk Meilen Testkäufe durchgeführt. Es ging darum, herauszufinden, ob an Jugendliche unter 16 Jahren Alkohol verkauft wird. Die Frage ist mit einem Ja zu beantworten. Die nun vorliegenden Resultate zeigen, dass in 44 Prozent der getesteten Betriebe Alkohol an unter 16-Jährige verkauft wurde, obwohl die Testkäufe allen Betrieben schriftlich angekündigt worden waren. Die Unterschiede zwischen den Gemeinden sind gross. In Otewil am See verhielten sich alle getesteten Betriebe gesetzeskonform, in Herrliberg verkauften fast zwei Drittel der Getesteten Alkohol an unter 16-Jährige. Die Gemeinden wollen nun mit den Betrieben Kontakt aufnehmen und diese zur Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen anhalten.